

## Antrag A004: Werra- und Weserversalzung gemeinsam stoppen

Laufende Nummer: 4

<b>Antragsteller/in:</b>	Landesverband Bremen, Landesverband Hessen, Landesverband NRW, Landesverband Niedersachsen, Landesverband Thüringen, BAK Wasser		
<b>Status:</b>	angenommen		
<b>Sachgebiet:</b>	A - Antrag		
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja:	(100 %)	118
	Nein:	(0 %)	0
	Enthaltung:	(0 %)	0
	Gültige Stimmen:		118

- A.** Die Salzeinleitungen in Werra und Weser und das Versickern von Salz der Halden im Grundwasser müssen so schnell wie möglich aufhören. Der von K+S betriebene Kalibergbau auf Kosten der Umwelt ist nicht zukunftsfähig. Er muss im Zuge der notwendigen sozial-ökologischen Transformation neu ausgerichtet werden. Auch das weitere Wachsen der Kalihalde stellt eine Gefahr für die Umwelt dar. Die Rückstände des Kalibergbaus gehören in ausgebeutete Kalibergwerke oder müssen stofflich verwertet werden.
- B.** Bis zur Erschöpfung der hessisch-thüringischen Lagerstätte dauert es nur noch 40 Jahre. Die Landesregierungen im Weser-Einzugsgebiet werden aufgefordert, ihre Genehmigungspraxis an einer steten und spürbaren Verringerung der Umweltbelastungen auszurichten und bereits heute Konversionsprozesse für die Zeit nach dem Kalibergbau in Gang zu setzen.
- C.** Der BUND wird in dem nötigen Umstellungsprozess weiterhin seine Rolle als Hüter der Umwelt und als Lobbyist für nachhaltige Wirtschaftskreisläufe wahrnehmen. Dazu soll die erfolgreiche Zusammenarbeit der Landesverbände mit dem Bundes AK Wasser und dem BUND fortgesetzt (vgl. Beschluss der BDV 2015) und vertieft werden.
- D.** Ziel der künftigen Zusammenarbeit ist die deutliche Reduktion der Umweltbelastungen durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und, wo erforderlich, eine konsequente Nutzung der Rechtsmittel.

### Begründung

Die Salzeinleitungen durch den Kalibergbau bestehen seit Jahrzehnten. Sie sind heute weder zeitgemäß noch mit der Rechtslage vereinbar. Unter dem Druck des Arbeitsplatzarguments wurden immer wieder Genehmigungen ausgesprochen, die eine Fortsetzung der umweltzerstörerischen Produktion ermöglichten. Der BUND Hessen beklagt bereits die Erweiterung einer Großhalde. Innerhalb der nächsten 12 Monate stehen wichtige Weichenstellungen im Raum, denn am 31.12.2020 läuft die Genehmigung zur Einleitung von Salz aus und in 2021 muss der Bewirtschaftungsplan gemäß WRRL fortgeschrieben werden.

Der BUND ist bundesweit der einzige Umweltverband, der sich der Fortsetzung dieser Politik entgegenstellt.

Seit über 10 Jahren treten wir unter der Federführung des BUND Hessen in der Öffentlichkeit abgestimmt und geschlossen auf. Auf diese Qualität müssen wir aufbauen. Es geht insbesondere um eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, um die anstehenden juristischen Auseinandersetzungen medial und finanziell zu flankieren.

Der Beschluss der BDV soll öffentliche Signalwirkung haben und intern der Arbeitsauftrag zur Erarbeitung einer mehrjährigen Kommunikationsstrategie unter Einschluss von Spendenmailings sein.